

Das Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg erteilt der

Kerntechnische Entsorgung Karlsruhe GmbH

– Antragstellerin –

folgenden

Bescheid E 23/2020

A. Entscheidung

1. Das Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg (UM) erteilt der Kerntechnische Entsorgung Karlsruhe GmbH (KTE) die spezifische Freigabe nach § 33 der Strahlenschutzverordnung (StrlSchV) in Verbindung mit § 36 Abs. 1 Nr. 3 StrlSchV zur Beseitigung von festen Stoffen, die aus Tätigkeiten im Rahmen der in der Liste „Genehmigungen mit Anwendung der Freigabebescheide“ aufgeführten Genehmigungen stammen, auf der Deponie „Hamburg“ unter Beachtung der Nebenbestimmungen in Abschnitt C dieses Bescheids. Die Freigabe bezieht sich auf feste Stoffe, die folgenden Abfallschlüsseln nach der Abfallverzeichnis-Verordnung (AVV) zugeordnet werden können:

17 05 04 Boden und Steine mit Ausnahme derjenigen, die unter 17 05 03 fallen

17 01 07 Gemische aus Beton, Ziegeln, Fliesen und Keramik mit Ausnahme derjenigen, die unter 17 01 06 fallen

2. Für die Freigabe von festen Stoffen zur Beseitigung auf Deponien sind gemäß § 36 Abs. 1 Nr. 3 StrlSchV die Freigabewerte nach Anlage 4 Tabelle 1 Spalte 8 oder 10 StrlSchV und in Fällen, in denen eine feste Oberfläche vorhanden ist, die Werte der Oberflächenkontamination nach Anlage 4 Tabelle 1 Spalte 5 StrlSchV einzuhalten. Für das Verfahren zum Nachweis der Einhaltung dieser Freigabewerte gelten die Festlegungen nach Anlage 8 Teil A Nr. 1 und Teil C StrlSchV, wobei hiervon mit behördlicher Zulassung abgewichen werden kann, sofern für jede einzelne Charge nachgewiesen wird, dass das Dosiskriterium eingehalten wird.
3. Auf den Nachweis der Einhaltung der Werte der Oberflächenkontamination nach Anlage 4 Tabelle 1 Spalte 5 StrlSchV kann verzichtet werden, wenn die freizugebenden Stoffe so verpackt werden, dass eine Kontamination von Personen auszuschließen ist.
4. Mit Bekanntgabe dieses Bescheids treten antragsgemäß der Bescheid E 01/2008 sowie der Bescheid E 05/2008, zuletzt geändert durch 1. Bescheid zur Änderung der Freigabe Nr. E 05/2008 vom 15.06.2011, mit Ausnahme bereits auf der Grundlage dieser Bescheide beim UM angemeldeter Chargen, außer Kraft. Die sonstigen mit diesen Bescheiden erteilten Freigaben und Regelungen bleiben unberührt.

B. Unterlagen

Diesem Bescheid liegen folgende Unterlagen zugrunde:

- Antrag Kerntechnische Entsorgung Karlsruhe GmbH vom 13.08.2020 mit Ergänzung vom 19.08.2020

- Schreiben der Kerntechnische Entsorgung Karlsruhe GmbH vom 23.11.2020 mit der Liste der „Genehmigungen mit Anwendung der Freigabebescheide“ vom 20.11.2020
- Bescheid des Landratsamtes Enzkreis vom 30.06.2020
- Stellungnahme der TÜV SÜD Energietechnik GmbH Baden-Württemberg (TÜV SÜD ET) vom 10.12.2020, MAN-ETS3-20-0671
- E-Mail des RP Karlsruhe vom 07.04.2021 zur Herstellung des Einvernehmens

C. Nebenbestimmungen

Der Bescheid wird mit folgenden Nebenbestimmungen verbunden:

1. Die Antragstellerin hat bei einer Chargenanmeldung für die unter Abschnitt A genannte Deponie zu prüfen, ob die Vorgaben gemäß Anlage 8 Teil C Nr. 3 StrlSchV auch weiterhin eingehalten sind. Das Ergebnis ist dem UM im Rahmen der Losanmeldung mitzuteilen. Die zur Beseitigung freigemessenen Stoffe dürfen erst dann zur Beseitigung an die Deponie Hamberg abgegeben werden, wenn hierzu eine auf das betreffende Entsorgungslos bezogene Zustimmung des UM vorliegt.
2. Die Messvorschrift für die Strahlenschutzkontrolle zur Freigabe und zum Herausbringen von Gegenständen, die Strahlenschutzanweisung zur Freigabe sowie die Liste der „Genehmigungen mit Anwendung der Freigabebescheide“ sind in der jeweils gültigen Fassung zu beachten. Änderungen dieser Vorschriften bedürfen der Zulassung des UM.
3. Die Messvorschrift für die Strahlenschutzkontrolle zur Freigabe und zum Herausbringen von Gegenständen und die Strahlenschutzanweisung zur Freigabe sind bis zum 30.09.2021 zu aktualisieren.

4. Bis zum 30.09.2021 ist die Verwendung abdeckender Auswerteparameter im Reglement zu verankern. Über die verwendeten abdeckenden Auswerteparameter ist vor erstmaliger Nutzung im Freigabeverfahren ein Bericht zur Prüfung vorzulegen. Die abdeckenden Auswerteparameter dürfen erst nach Zulassung durch das UM im Freigabeverfahren genutzt werden. Die Auswerteparameter sind alle 2 Jahre zu verifizieren und erneut durch das UM für das Freigabeverfahren zuzulassen.
5. Die Handlungsanleitung des Landkreistags und des Städtetags Baden-Württemberg zur Entsorgung von freigemessenen Abfällen auf Deponien in Baden-Württemberg vom 04.08.2015 ist zu beachten.
6. Sollte der zugezogene Sachverständige Abweichungen von diesem Bescheid feststellen, darf bis zur Entscheidung des UM keine Beseitigung der betroffenen Stoffe erfolgen.
7. Die Anlieferung eines Entsorgungsloses ist dem UM innerhalb einer Woche mitzuteilen.
8. Die jährlichen Mitteilungen nach § 86 Abs. 1 Nr. 2 StrlSchV an das UM haben unter Bezugnahme auf diesen Bescheid jeweils bis spätestens zum 30. April des Folgejahres zu erfolgen.
9. Alle drei Jahre, spätestens zum 31. Dezember, erstmals zum 31.12.2023, ist dem UM darüber zu berichten, ob die Vorschriften nach Nebenbestimmung 2 Satz 1 dem aktuellen untergesetzlichen Regelwerk entsprechen. Notwendige Anpassungen sind nach Nebenbestimmung 2 Satz 2 vorzunehmen. Bis zur Umsetzung der notwendigen Änderungen können weitere Anmeldungen von Chargen nur mit Zustimmung des UM erfolgen.
10. Dieser Bescheid wird gemäß § 33 Abs. 4 Satz 2 StrlSchV unter dem Vorbehalt eines Widerrufs der Freigabe sowie dem Vorbehalt einer nachträglichen Aufnahme, Änderung oder Ergänzung einer Auflage erteilt. Der Widerruf kann insbesondere erfolgen, wenn aufgrund neuer Erkenntnisse begründete Zweifel an der Einhaltung des Dosiskriteriums bestehen, wenn die Beseitigung nicht ordnungsgemäß und rechtzeitig erfolgt oder wenn sich die gesetzlichen Voraussetzungen der Freigabe zur Beseitigung ändern.

D. Kosten

Für diesen Bescheid wird eine Gebühr von Euro 3.500,- festgesetzt.

Die Antragstellerin hat die Verfahrensauslagen zu erstatten.

E. Gründe

1. Mit Schreiben vom 13.08.2020 hat die Antragstellerin beim UM gemäß § 32 StrlSchV einen Antrag zur Freigabe von festen Stoffen die aus Tätigkeiten im Rahmen der in der Liste der „Genehmigungen mit Anwendung der Freigabebescheide“ aufgeführten Genehmigungen stammen, zur Beseitigung auf Depo-nien nach § 33 StrlSchV i. V. m. § 36 Abs. 1 Nr. 3 StrlSchV gestellt. Der Bescheid ersetzt den Bescheid E 01/2008 sowie den Bescheid E 05/2008, zuletzt geändert durch 1. Bescheid zur Änderung der Freigabe Nr. E 05/2008 vom 15.06.2011. Die TÜV SÜD ET wurde mit Schreiben vom 14.09.2020 beauftragt und kommt in ihrer Stellungnahme vom 10.12.2020 zu dem Ergebnis, dass das Freigabever-fahren und die Messverfahren sowie die hierzu gehörigen Unterlagen der schrift-lich betrieblichen Regelungen geeignet und ausreichend sind, um nachzuweisen, dass die Festlegungen gemäß § 36 StrlSchV und damit das Dosiskriterium für die Freigabe eingehalten werden.
Dieser Bescheid beruht auf § 33 Abs. 1 StrlSchV. Danach erteilt die zuständige Behörde auf Antrag schriftlich die Freigabe, wenn das Dosiskriterium der Frei-gabe nach § 31 Abs. 2 StrlSchV eingehalten ist und damit für Einzelpersonen der Bevölkerung durch die freizugebenden Stoffe und Gegenstände nur eine effek-tive Dosis im Bereich von 10 Mikrosievert im Kalenderjahr auftreten kann.
Dieser Bescheid bezieht sich nicht auf konkrete Chargen, sondern schreibt gene-rell für den in Abschnitt A angegebenen Freigabepfad gemäß § 36 Abs. 1 Nr. 3 StrlSchV die Freigabewerte nach Anlage 4 Tabelle 1 Spalte 5 und Spalte 8 oder 10 StrlSchV fest. Außerdem wird das Verfahren zum Nachweis der Einhaltung

dieser Freigabewerte verbindlich festgelegt. Dabei gelten die Festlegungen nach Anlage 8 Teil A Nr. 1 und Teil C StrlSchV, wobei hiervon mit behördlicher Zulassung abgewichen werden kann, sofern für jede einzelne Charge nach dem in der Messvorschrift für die Strahlenschutzkontrolle zur Freigabe und zum Herausbringen von Gegenständen und der Strahlenschutzanweisung zur Freigabe genannten Vorgehen nachgewiesen wird, dass das Dosiskriterium eingehalten wird. Gemäß den zu beachtenden Verfahrensfestlegungen in der Messvorschrift für die Strahlenschutzkontrolle zur Freigabe und zum Herausbringen von Gegenständen und der Strahlenschutzanweisung zur Freigabe erstellt die Antragstellerin für jede einzelne Charge angefallener Materialien, die unter diesen Bescheid subsumiert werden können, eine Chargenanmeldung, die an das UM und die TÜV SÜD ET versandt wird.

Auf der Grundlage des bestehenden Rahmenvertrags hat das UM mit der Beauftragung vom 09.04.2021, Az.: 3-4643.17-5, die TÜV SÜD ET als Sachverständige nach § 20 des Atomgesetzes (AtG) in Verbindung mit § 179 Abs. 1 Nr. 3 des Strahlenschutzgesetzes (StrlSchG) zugezogen und mit der Durchführung von Kontrollmessungen der von der Antragstellerin durchgeführten Messungen zum Nachweis der Einhaltung der entsprechenden Freigabewerte (Entscheidungsmessungen), mit der Überprüfung der Einhaltung des vorgeschriebenen Verfahrens sowie mit der Überprüfung der Dokumentation beauftragt. Des Weiteren hat der Sachverständige auftragsgemäß eine Informationspflicht gegenüber dem UM, wenn im Rahmen der Kontrollen Abweichungen z. B. gegenüber den Freigabewerten oder dem Freigabeverfahren festgestellt werden.

Nach den Kontrollen kann für die Chargen die in § 42 Abs. 1 StrlSchV geforderte Feststellung der Übereinstimmung mit dem Inhalt des Freigabebescheids durch den Strahlenschutzverantwortlichen, der Inhaber der Freigabe ist, ausgesprochen werden. Diese Aufgabe ist den Strahlenschutzbeauftragten der Organisation Sicherheit übertragen.

Das UM dokumentiert und archiviert die Chargenanmeldungen, die Kontrollergebnisse der TÜV SÜD ET und die Ergebnisse der fortlaufenden Bilanzierung. Durch die Festschreibung der Freigabewerte sowie des Verfahrens zum Nachweis der Einhaltung dieser Freigabewerte und durch die Festschreibung des Freigabeverfahrens in der Messvorschrift für die Strahlenschutzkontrolle zur Frei-

gabe und zum Herausbringen von Gegenständen sowie in der Strahlenschutzanweisung zur Freigabe, die für jede einzelne Charge anzuwenden sind, kann das UM davon ausgehen, dass das Dosiskriterium der Freigabe eingehalten ist und damit für Einzelpersonen der Bevölkerung durch die freizugebenden Stoffe und Gegenstände nur eine effektive Dosis im Bereich von 10 Mikrosievert im Kalenderjahr auftreten kann. Für anfallende Stoffe, die unter diesen Bescheid subsumiert werden können, die aus Tätigkeiten im Rahmen der in der Liste der „Genehmigungen mit Anwendung der Freigabebescheide“ stammen und die zur Beseitigung durch Ablieferung an die im Abschnitt A genannten Deponie Hamberg vorgesehen sind, war somit die Freigabe zu erteilen.

2. Gemäß § 36 Abs. 3 StrlSchV kann bei einer spezifischen Freigabe zur Beseitigung der Nachweis der Einhaltung der Werte der Oberflächenkontamination der Anlage 4 Tabelle 1 Spalte 5 StrlSchV entfallen, wenn durch eine geeignete Verpackung der freizugebenden Stoffe auszuschließen ist, dass Personen im Zuge der weiteren Handhabung der Abfälle kontaminiert werden können. Die Unversehrtheit und Eignung der Verpackung wird im Rahmen der Kontrolle angemeldeter Chargen von der TÜV SÜD ET (vgl. Abschnitt E Nr. 1) überprüft.
3. Gemäß Nebenbestimmung 1 dürfen die zur Beseitigung freigemessenen Stoffe erst dann zur Beseitigung an die Deponie Hamberg abgegeben werden, wenn hierzu eine auf das konkrete Entsorgungslos bezogene Zustimmung des UM vorliegt. Diese wird erteilt, wenn die losspezifische Annahmeerklärung des Betreibers der Deponie Hamberg vorliegt, die abfallrechtliche Zulässigkeit des vorgesehenen Entsorgungsweges bestätigt wurde und die für den Standort der Deponie Hamberg durchgeführte fortlaufende Bilanzierung der Massen und Aktivitäten belegt, dass das Dosiskriterium nach § 31 Abs. 2 StrlSchV für die Freigabe am Standort der Entsorgungsanlage eingehalten wird.
4. Gemäß Nebenbestimmung 2 bedürfen Änderungen von Betriebsvorschriften der KTE, in denen Regelungen getroffen sind, die im Rahmen der Freigabe herangezogen werden, sowie der Liste der „Genehmigungen mit Anwendung der Freigabebescheide“ der Zulassung des UM. Hierdurch wird gewährleistet, dass Änderungen an den Unterlagen nicht ohne Kenntnis und Prüfung des UM erfolgen und somit bei Einhaltung des beschriebenen Vorgehens das Dosiskriterium der Freigabe weiterhin eingehalten wird.

5. Nebenbestimmung 3 fordert die zeitnahe Anpassung der im Rahmen des Freigabeverfahrens herangezogenen Unterlagen der schriftlich betrieblichen Regelungen an die am 31.12.2018 in Kraft getretene Strahlenschutzverordnung.
6. Gemäß Nebenbestimmung 4 sind dem UM über die abdeckenden Auswerteparameter vor erstmaliger Nutzung und periodisch alle 2 Jahre Berichte über deren Bestimmung vorzulegen. Die abdeckenden Auswerteparameter dürfen erst nach Zulassung durch das UM im Freigabeverfahren genutzt werden. Auf diese Weise wird sichergestellt, dass die im Rahmen des Freigabeverfahrens durchgeführten Messungen auf Basis von abdeckenden Auswerteparametern durchgeführt werden und somit das Dosiskriterium der Freigabe eingehalten ist.
7. Die entsorgungspflichtigen öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger in Baden-Württemberg sind gesetzlich verpflichtet, zur Beseitigung nach § 36 Abs. 1 Nr. 3 StrlSchV freigegebene Abfälle auf ihren Deponien anzunehmen. Diese Abfälle sind keine radioaktiven Stoffe im Sinne der StrlSchV, sondern konventionelle Abfälle, bei deren Entsorgung auf den Deponien keine besonderen Vorgaben im Vergleich zu anderen Abfällen zu beachten sind. Um dennoch Vorbehalten und Ängsten sowie zwar extrem unwahrscheinlichen aber theoretisch vorstellbaren Missbrauchsfällen zu begegnen, wurde die Handlungsanleitung des Landkreistags und des Städtetags Baden-Württemberg zur Entsorgung von freigemessenen Abfällen auf Deponien in Baden-Württemberg vom 04.08.2015 entwickelt. Mit dieser Handlungsanleitung stellen die kommunalen Deponiebetreiber sicher, dass beim Umgang mit für die Beseitigung freigegebenen Abfällen auf den Deponien dem Bevölkerungs-, Umwelt- und Arbeitsschutz auf höchstem Niveau Rechnung getragen wird. Das UM hat mit seinem Schreiben vom 09.04.2021, Az.: 3-4643.17-5/23/2020, die TÜV SÜD ET ebenfalls mit Tätigkeiten beauftragt, die im Zuge des Verfahrensablaufs der Freigabe nach diesem Bescheid gemäß Handlungsanleitung durch den atomrechtlich zugezogenen Sachverständigen abzuwickeln sind.

Mit dem Gutachten des Öko-Instituts e.V. vom 15.11.2016 zu möglichen radiologischen Folgen der Freigabe zur Beseitigung nach § 29 StrlSchV (alt) bei der Nachnutzung einer Deponie in der Nachsorgephase und in der Zeit nach der Entlassung aus der Nachsorge wurde dargelegt, dass auch bei einer Nachnutzung

einer Deponie (z. B. landwirtschaftliche oder forstwirtschaftliche Nutzung, Wohnbebauung, Freizeitnutzung) für Einzelpersonen der Bevölkerung nur eine effektive Dosis im Bereich von 10 Mikrosievert im Kalenderjahr auftreten kann.

8. Gemäß Nebenbestimmung 6 dieses Bescheids ist die Antragstellerin verpflichtet, bei Abweichungen, die die TÜV SÜD ET feststellt, eine Entscheidung des UM über die Fortsetzung des Freigabeverfahrens für die betroffene Charge abzuwarten. Erst nach einer Klärung des Sachverhalts und einer positiven Bewertung der Einhaltung der Festlegungen dieses Freigabebescheids darf das Freigabeverfahren fortgesetzt werden. Hierdurch ist die Einhaltung des Dosiskriteriums der Freigabe gewährleistet.
9. Gemäß Nebenbestimmung 7 ist die Anlieferung eines Entsorgungsloses dem UM innerhalb einer Woche mitzuteilen. Auf diese Weise wird gewährleistet, dass die vom UM durchgeführte Bilanzierung für die jeweilige Deponie auf aktuellem Stand ist und die Einhaltung des Dosiskriteriums der Freigabe am Standort der Entsorgungsanlage jederzeit eingehalten ist.
10. Gemäß Nebenbestimmung 8 hat die jährliche Mitteilung nach § 86 Abs. 1 Nr. 2 StrlSchV an das UM unter Bezugnahme auf diesen Bescheid jeweils bis spätestens zum 30. April des Folgejahres zu erfolgen. Dies ermöglicht eine Überprüfung kurz nach der Feststellung der Übereinstimmung mit dem Freigabebescheid.
11. Durch Nebenbestimmung 9 wird eine Pflicht zur Anpassung der Betriebsvorschriften der kerntechnischen Anlage an aktuelle Entwicklungen des untergesetzlichen Regelwerks festgelegt. Bei gravierenden neuen Erkenntnissen oder gesetzlichen Änderungen greift hingegen Nebenbestimmung 10.
12. Gemäß Nebenbestimmung 10 behält sich das UM gemäß § 33 Abs. 4 Satz 2 StrlSchV einen Widerruf der Freigabe vor. Erfasst wird damit auch der Fall, dass sich im Laufe des Freigabeverfahrens für eine Charge Abweichungen von den mit diesem Bescheid getroffenen Regelungen ergeben. Das bedeutet, dass im Falle eines Widerrufs der Freigabe, wobei es sich in Bezug auf eine Charge lediglich um einen Teilwiderruf dieses Bescheides handelt, zu einem Zeitpunkt, an dem sich die Charge nicht mehr auf dem Betriebsgelände der Antragstellerin be-

findet, die Charge wieder auf das Betriebsgelände zu verbringen ist. Aufgrund eines Widerrufs verliert die betroffene Charge die Eigenschaft, als nicht radioaktiver Stoff verwendet zu werden. Hierdurch wird sichergestellt, dass nur im Falle der Einhaltung der Regelungen dieses Bescheids die Freigabe für eine Charge Gültigkeit behält. Zudem behält sich das UM die nachträgliche Aufnahme, Änderung und Ergänzung einer Auflage gemäß § 33 Abs. 4 StrlSchV vor, wodurch die Einhaltung des Dosiskriteriums der Freigabe auch in Zukunft im Falle von sich ändernden Voraussetzungen und Erkenntnissen gewährleistet werden kann.

13. Die Nebenbestimmungen in Abschnitt C dieses Bescheids beruhen auf § 33 Abs. 4 StrlSchV i. V. m. § 17 Abs. 1 Satz 2 AtG und § 36 des Landesverwaltungsverfahrensgesetzes. Im vorliegenden Fall sind die Nebenbestimmungen zur Erreichung der in § 1 AtG bezeichneten Zwecke, insbesondere dem Schutz von Leben, Gesundheit und Sachgütern vor der schädlichen Wirkung ionisierender Strahlen geeignet, erforderlich und angemessen.
14. Die Gebührenfestsetzung beruht auf den §§ 3, 4, 5, 7 und 12 des Landesgebührengesetzes in Verbindung mit Nr. 3.43 des Gebührenverzeichnisses als Anlage zur Gebührenverordnung UM. Die Gebühr wurde innerhalb des vorgegebenen Gebührenrahmens aufgrund des behördlichen Verwaltungsaufwandes und nach der Bedeutung und dem Nutzen für die Antragstellerin festgesetzt.

F. Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats Klage beim Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg, Mannheim, erhoben werden.

G. Hinweise

1. Die Bestimmungen des Kreislaufwirtschaftsgesetzes sowie die auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Bestimmungen über die Vermeidung, die Verwertung und die Beseitigung von Abfällen sowie die sonstigen Maßnahmen der Abfallbewirtschaftung bleiben außerhalb der Regelungen dieses Bescheids unberührt.
2. Das UM hat mit Schreiben vom 09.04.2021, Az.: 3-4643.17-5, und 09.04.2021, Az.: 3-4643.17-5/23/2020, die TÜV SÜD ET auf der Basis des bestehenden Rahmenvertrags mit Sachverständigenleistungen (vgl. Abschnitt E Nr. 1) beauftragt.

gez. 